



Gut 4.500 Studierende und Sympathisanten taten in Graz ihren Unmut zu den nicht abgeschafften Studiengebühren kund und protestierten gegen das gebrochene Wahlkampfversprechen von SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer. Ähnliche Demos gab es in fast allen Unistädten Österreichs. Foto: Edeltrud Ulbl-Taschner

ENDE DER FREIEN UNIVERSITÄTEN? EU erhöht den Druck

Die EU pocht auf einen freien Zugang zu den heimischen Unis. Für Österreicher wird der Uni-Zugang schwerer, trotz Wahlversprechens werden die Studiengebühren nicht abgeschafft.

Im Juli 2005 erfolgte der erste Anschlag auf die österreichischen Studenten. Der Europäische Gerichtshof hob Österreichs Uni-Zugangsbeschränkung für ausländische Studenten auf, wonach in Österreich nur studieren durfte, wer auch im Heimatland eine Studienzulassung erhielt. Um den Ansturm vor allem deutscher Numerus-Clausus-Flüchtlinge einzudämmen, führte Österreich eine Quotenregelung ein: 75% der Medizinstudenten sollten Österreicher sein, 20% EU-Bürger und 5% der Studenten dürfen aus Nicht-EU-Staaten kommen. Studienplatzbeschränkungen wurden in insgesamt acht

Fächern, allen voran Medizin und Zahnmedizin, eingeführt.

So geht es nicht, meint die EU, und will Österreich erneut vor den Europäischen Gerichtshof zerren. Sebastian Wisiak (KSV), Vorsitzender der Studienvertretung Humanmedizin, zeigt sich empört über die Präpotenz der EU: „Die Ärztekammer hat ausgerechnet, dass uns in 10 Jahren 1000 Ärzte fehlen, wenn wir so weitermachen wie bisher, und das bei der gültigen Quotenregelung.“ Geht es nach der EU, dürfen österreichische Steuerzahler die Ausbildung unzähliger Deutscher bezahlen, die nach Abschluss des Studiums

unser Land wieder verlassen. Andererseits schafft es es die Regierung nicht, eine ordentliche Finanzierung für die Unis auf die Beine zu stellen.



Empörung über Gusenbauer: Demonstration gegen Studiengebühren in Graz.

KOMMENTAR



Gesundheit in Gefahr?

Auf das österreichische Gesundheitssystem kommen schwierige Zeiten zu. Selbst ohne den Druck durch die EU werden beim derzeitigen Ausbildungsstand in zehn Jahren 1000 Ärztinnen und Ärzte fehlen, wie die Ärztekammer errechnet hat. Gegenmaßnahmen müssen schon jetzt gesetzt werden.

In der Steiermark gibt es viele Krankenhäuser mit gutem Ruf – mit ProfessorInnen mit offizieller Lehrbefugnis besitzen. Dieses Potential liegt brach, obwohl das Einbinden anderer Kliniken in die Lehre leicht möglich wäre. Um dem Problem des Ärztemangels entgegenzuwirken, führt für die Medizinische Universität Graz daran kein Weg vorbei.

Dazu kommt, dass nur wenige AbsolventInnen der Med-Uni an dieser einen Arbeitsplatz finden. Von jenen, die keine Praxis eröffnen, arbeiten die meisten an verschiedenen Krankenhäusern. Umso wichtiger wäre es, bereits im Studium den Ablauf dort kennenzulernen. Nicht zuletzt deshalb, weil dort auch Behandlungsmethoden im Einsatz sind, die an der Uniklinik nicht angeboten werden.

Dass der Großteil der Ausbildung weiterhin zentral passieren muss, versteht sich aufgrund des umfassenden Angebots von selbst. Vor allem ist zu beachten, dass die Patientenversorgung nicht gefährdet wird. Deshalb sollten begleitend mehr ÄrztInnen aufgenommen werden.

Sebastian Wisiak,

Vorsitzender der Studienvertretung Humanmedizin, email: bastiw@gmx.at